

Dienstag, 27. April 2012

Basler Schlendrian am Allschwilerweiher

Seit einem halben Jahrzehnt sollte für die geplante Wohnüberbauung des früheren Schiessstandes ein Projekt vorliegen. Doch es steckt fest.

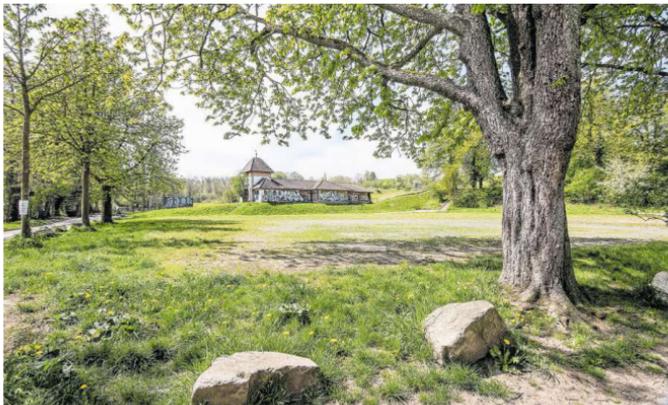
Benjamin Wieland

Ende Feuer, hiess es im Dezember 2008 beim Schiessplatz Allschwilerweiher. Kurz darauf kündete Basel-Stadt als Eigentümer des wunderbar gelegenen Areals an, dort Wohnungen zu erstellen zu wollen. Doch das Gelände präsentiert sich heute noch beinahe so wie vor zwölf Jahren, als die Schützen ein letztes Mal ihr Material zum letzten packten. Die 160 bis 180 Wohnungen, die der Stadtkanton anstelle des heutigen Parkplatzes hochziehen will, existieren bislang nicht mal auf Skizzen. Dabei hätte der Grosse Rat das Kreditbüchlein samt detaillierten Plänen längst erhalten sollen – das jedenfalls kündigte Immobilien Basel-Stadt 2015 an.

Basel-Stadt und die Standortgemeinde Allschwil schrieben sich gegenseitig den Schwarzen Peter zu, warum es im Streifen zwischen Allschwil, Basel und Binningen nicht vorwärtsging. «Auf Grundlage des mit der Gemeinde Allschwil eng abgestimmten Quartierplanes Herenweg haben wir Verhandlungen für den Quartierplanvertrag mit Allschwil aufgenommen», schreibt Barbara Neidhart, Mediensprecherin von Immobilien Basel-Stadt. «Diese Verhandlungen haben jedoch zurzeit.» Offen seien Fragen zu einer Mehrwertabgabe und Klärungen der Altlastensanierung.

Teure Altlasten-Sanierung steht noch aus

Aus Allschwil tönt es etwas anders. «Aus unserer Sicht liegt der Ball klar bei Basel-Stadt», sagt Gemeinderat Christoph Morat, der für das Ressort Siedlungsentwicklung zuständig ist. Bei der Thematik mit der Mehrwertabgabe habe sich Immobilien Basel-Stadt selber in eine Warteschleife begeben: «Allschwil würde sich wünschen, dass der



Hier könnte längst auch gewohnt werden: Areal der ehemaligen Schiessanlage Allschwilweiher. Bild: N. Nars-Zimmer (Allschwil, 26. April 2012)

«Aus unserer Sicht liegt der Ball klar bei Basel-Stadt»



Christoph Morat
Gemeinderat Allschwil

Kanton Basel-Stadt endlich klar kommuniziert, was er vorhat am Allschwilweiher.» Solange man nichts vernehme, könne man als Gemeinde bei einem Sonderbaurecht nicht aktiv werden, ergänzt Morat: «Die Quartierplanung muss vom Bauwilligen lanciert werden.»

Basel-Stadt will offensichtlich zuerst Klarheit bei der Mehrwertabgabe. Wenn Land eingezogen wird, ist es mehr Wert, einen Teil dieses Gewinns müssen die Naturschützer abgeben. Im Fall Baselland jedoch war lange nicht klar, wer sich am Mehrwert beteiligen darf: Der Kanton war stets der Meinung, dass sie alleine sein Privileg, doch Münchenstein klagte dagegen bis vor Bundesgericht – und erhielt Ende 2020 Recht. Das

kantonale Mehrwertgesetz muss überarbeitet werden.

Doch der Rechtsbündel zwischen Münchenstein und dem Kanton dauert seit 2013 – ohne dass neither der Quartierplanungen siert worden wären. Denn die Gemeinden dürfen von Bauherren und Investoren Infrastrukturabgaben verlangen. Was Allschwil beim Projekt Allschwilweiher auch tun könnte.

Bei der Altlastensanierung wiederum kommen auf Basel-Stadt so oder so hohe Kosten zu. Gerade im Kugelhang hat sich einiges an Blei angesammelt nach über einem Jahrhundert Schiessbetrieb. Doch auch bei diesem Thema müsste Basel-Stadt eigentlich an einem schnellen Vorgehen interessiert sein. Der Bund beteiligt sich an Sanie-

rungen von Schiessanlagen. Die Fristen zur Eingabe von Projekten laufen jedoch nicht ewig.

Vorstoss zum Weiher: Die Idee mit dem Badese

Ideen, wofür der Mehrwert respektive die Infrastrukturabgabe verwendet werden könnte, schwirren bereits herum. Im Allschwil Einwohnerrat ist ein Vorstoss hingängig, der anregt, den heute umzäunten Allschwilweiher zum Badese auszubauen. Schon lange steht die Forderung im Raum, das Gewässer attraktiver zu gestalten.

Doch hier stellt sich die Gemeinderat quer. Er empfiehlt den Vorstoss zur Nicht-Entgegennahme. Bei einem Badese fürchtet er wohl einen zu grossen Rummel beim Teich.

Chronologie

- **Februar 2016** Immobilien Basel-Stadt schreibt die Landschaftsplanung für die geplante Wohnüberbauung auf einem Teil der Schiessanlage Allschwilweiher aus. Nennenswertes ist seither aber nicht passiert.
- **14. Mai 2015** Als um 6 Uhr morgens die Polizei zur Räumung eintrifft, sind fast alle Autonomen schon weg.
- **12. April 2015** Rund 50 Personen besetzen den ungenutzten Schiessstand.
- **14. Mai 2007** Definitiv Ende Feuer. Das Bundesgericht lehnt das Sanierungsprojekt für die Schiessanlage ab. 2008 wird sie stillgelegt.
- **30. Mai 2006** Der Weiher würde vor sich hin laufen, hält die Chronik des Kantons fest. «Ratten in riesiger Zahl werden angelockt, doch niemand wolle zuständig sein.»
- **30. Juni 2001** Auch das Basler Stimmvolk spricht sich für die Sanierung aus.
- **7. Februar 2001** Der Basler Grosse Rat stimmt der Sanierung der Schiessanlage zu. Doch es kommt zum Referendum.
- **1899** Basel-Stadt weilt den städtischen Schiessplatz Allschwilweiher ein. Bald schon folgen Lärmklagen.
- **1873** Die Stadt Basel legt den Allschwilweiher als Löschwasserspeicher an. Ab 1869 wird das Gewässer zur Fischzucht genutzt. Seit 1978 ist es ein Zielweier.

Hochwasserschutz, aber bitte schön

In Biel-Benken sollen externe Ingenieure eine neue Lösung finden. Einfach wird das nicht.

Ein Aufhaltbecken, um die Fluten des Birsigs bei Hochwasser aufzufangen, will Biel-Benken nicht; die Landeigentümer und auch die Gemeindeverwaltung waren 2014 dagegen. Daran wurde die Idee, dass die Gemeinde anstelle des Kantons selber für Hochwasserschutz sorgen sollte, als zu teuer worden. Und im vergangenen September lehnte die Gemeindeversammlung ein Projekt des Kantons ab, das entlang des Birsigs hohe Betonmauern vorsah. Denn die Anwohner befürchteten eine Verschwendung des Dorkerns (bz berichte).

Danach war für Kanton und Gemeinde klar, dass alle Varianten ausgeschöpft waren. Der Gemeinderat erhielt trotzdem vom Souverän den Auftrag, nach neuen Möglichkeiten des Hochwasserschutzes zu suchen. Dazu setzte er eine breit abgestützte

Arbeitsgruppe (AG) «Alternativen Hochwasserschutz» ein, und diese hat sich jetzt auf ein Vorgehen geeinigt. «Wir haben das abgelehnte Kantonsprojekt abschrittweise angeschaut und geprüft, wo Alternativen möglich wären», sagt Irene Fischer, Gemeinderätin und Präsidentin der AG. In einer Ausbreitung fand man ein Ingenieurbüro, das untersuchen soll, welche Varianten machbar wären und welche wie viel kostet. Dafür beantragt die AG 180 000 Franken über die AG im Juni. Die Gemeindeverwaltung befindet sich Vorstellungen, in welche Rich-

tung das gehen könnte: «Wir beharren darauf, dass der Ob- und unterer Schutz genauer angeschaut wird, also Massnahmen an einzelnen Gebäuden.» Damit, so seine Hoffnung, erreiche man für wenig Geld viel Schutz.

Einige Büros rieten zu einer Mediation

Allerdings hat der Kanton schon früher festgehalten, dass er das nicht für kompatibel mit dem angestrebten Schutz gegen ein hundertjähriges Hochwasser hält. Und eine solche Schutzstelle ist Bedingung, damit sich Bund und Kanton finanziell beteiligen. Heikel ist es zudem für die Gemeinde, die Planung eines Projekts zu weit auf eigene Faust voranzutreiben. Denn dann läge es auf der Hand, dass sie (und nicht mehr der Kanton) für die Kosten aufkommen muss – und das kann teuer werden.

Solche Überlegungen könnten an der Gemeindeversammlung Kritik an den 180 000 Franken für die Ingenieure aufkommen lassen. Zudem macht Liala Druck. Fischer sagt: «Uns liegt eine Aussage des Kantons vor, wonach er sein bisheriges Projekt weiter verfolgen will, wenn wir nicht bald eine valable Lösung präsentieren.»

All diese Überlegungen zu berücksichtigen, wird für die Ingenieure keine leichte Aufgabe sein. Manche Büros hätten es sogar abgelehnt, sich bei der Ausbreitung des Auftrags zu bewerben, sagt Gemeindevorstand Peter Burch. «Sie empfehlen uns, lieber eine Mediation durchzuführen. Und sie meinen, hauptsächlich es geht darum, Alternativen dem Kanton gut zu verkaufen.»

Michel Ecklin

Nur drei weitere Fälle an Mutterzwer Schule gefunden

Massentests Am Freitag vermeldete der Kanton Baselland, dass in der Primarschule Donnersbaum in Muttenz im Rahmen des Projekts «Breites Teich (Baselland)» elf positive Coronafälle entdeckt wurden.

Gestern Montag nun hat der Kanton die Ergebnisse der Massentests, die wegen der Fälle am Wochenende durchgeführt wurden, publiziert: Von rund 350 getesteten Personen im Umfeld der Schule – neben Schülerninnen und Schülern waren dies auch Lehrpersonen und Familienangehörige – waren lediglich drei weitere positiv. «Es handelt sich bei allen dreien um Eltern-teile, bei denen eine Ansteckung durch den Schulbetrieb ausgeschlossen werden kann», schreibt der Kanton.

Die betroffenen Klassen mussten in Quarantäne. «Das «Breite Teich Baselland» leistet nachweislich einen wesent-

lichen Beitrag zur Eindämmung der Virusausbreitung und hilft, wie im vorliegenden Fall, Schul-schliessungen zu verhindern», heisst es in der Mitteilung.

Wenn ein Pool – die zusammengelegten Proben einer ganzen Klasse – im Rahmen des Projekts ein positives Ergebnis aufweist, müssen alle Schülerninnen und Schüler dieser Klasse zum Einzeltest. Bis die Resultate rund 24 bis 48 Stunden später vorliegen, sind das Vorgehen nicht immer eindeutig. Wie bei Wolfz vom Informationsdienst des kantonalen Krisenstabs auf Anfrage bestätigt. «Die Schulleitung entscheidet, ob in Fernunterricht gewechselt werden soll oder nicht.» Solls es aber Kinder geben, die zu Hause nicht betreut werden können, kann dies in der Schule stattfinden. Bei Einhaltung der Massnahmen stelle dies kein zu grosses Risiko dar, so Wölfz. (ksp)